

CH_VB 82.028 vom 10. Juni 1982

Bundesverwaltung, 1982-06-10, DE

Quelle: https://mcp.opencaselaw.ch/entscheid/ch_vb_82.028

FR: CH_VB 82.028 du 10 juin 1982

IT: CH_VB 82.028 del 10 giugno 1982

Erwägungen

E. 10

juin 1982 mentarisches Hearing zum Thema «Genmanipulation - Chancen und Risiken für die Menschenrechte» statt, an dem auch Schweizer Parlamentarier teilnahmen. Nach einer zweitägigen Debatte war man sich einig, dass sich angesichts der rasanten Entwicklung in diesem Bereich und der immer bestehenden Gefahr des Missbrauchs rechtliche Schutzmassnahmen aufdrängen. Am 26. Januar 1982 stimmte die Versammlung einer von der Juristischen Kommission und der Kommission für Wissenschaft und Technologie vorbereiteten Empfehlung zu, die den Regierungen der Mitgliedländer nahelegt, einen speziellen Passus zum Schutz der Erbdaten vor Einsicht und Missbrauch in die Europäischen Menschenrechtskonvention aufzunehmen. Damit soll jeder Mensch ausdrücklich das Recht auf unmanipulierte Erbmasse erhalten, ein Recht, welches gegenwärtig nur implizit aus den in den Artikeln 1 und 2 der Menschenrechtskonvention stipulierten Rechten auf Leben und menschliche Würde abgeleitet werden kann. Während der Wintersession verabschiedete die Versammlung eine Resolution, in der sie mit scharfen Worten die Verfolgung von Regimegegnern im Iran verurteilt und die Mitgliedstaaten auffordert, alles in ihrer Macht Stehende zu tun, damit die Menschenrechte in diesem Land respektiert werden. Ebenfalls auf der Traktandenliste stand ein Bericht, der sich für den Bau eines Tunnels unter dem Ärmelkanal und für eine bessere Koordination der europäischen Verkehrspolitik aussprach. Nationalrat Muheim benützte diese Gelegenheit, um die Versammlung daran zu mahnen, über dem Postulat des Ärmelkanaltunnels die Notwendigkeit neuer Eisenbahntunnels im Alpenraum nicht zu vergessen, da die heutigen Verbindungen nicht mehr genügten. Muheim erhielt diesbezüglich Unterstützung von einem österreichischen Kollegen, der es aber auch als ungerecht bezeichnete, dass Länder wie die Schweiz und Österreich als Verkehrsdrehscheibe einen grossen Teil der Finanz- und Umweltbelastung des Nord-Süd-Durchgangsverkehrs allein zu tragen und ertragen hätten. Weitere erwähnenswerte Tagesordnungspunkte waren: - die sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen der fortgeschrittenen Technologie; - Technologie und Demokratie; - Probleme des Umweltschutzes: Wiederverwertung biologisch nicht abbaubarer Abfälle; - die Rolle der Erziehung beim Umweltschutz; - landwirtschaftliche Probleme. Nationalrätin Josi Meier brachte einen Empfehlungsentwurf ein, der auf einen beschleunigten Beitritt der Mitgliedstaaten des Europarates zu den beiden Zusatzprotokollen zu den Genfer Rotkreuz-Konventionen zielt. 6. Vorstösse und Anregungen, die in den eidgenössischen Räten während der Berichtszeit Bezug auf die Arbeit des Europarates nahmen 81.386 Interpellation Crevoisier vom 1. Juni 1981 betreffend die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit Frankreich (nimmt Bezug auf das in der Zwischenzeit von der Schweiz ratifizierte Europäische Rahmenübereinkommen über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit). 81.390 Interpellation Crevoisier vom 2. Juli 1981: Menschenrechte; Internationale Verträge (bezieht sich insbesondere auf die noch nicht erfolgte

schweizerische Ratifikation der Zusatzprotokolle I und IV der Europäischen Menschenrechtskonvention). 81.460 Dringliche Interpellation Cavelti vom 21. September 1981 betreffend die Bedrohung der rätoromanischen Sprache und Kultur (steht im Zusammenhang mit dem von der Empfehlung Nr. 928 angesprochenen Problembereich, nimmt aber nicht direkt Bezug auf die Empfehlung). 81.482 Interpellation Bacciarini vom 29. September 1981 betreffend den Schutz der italienischen Sprache in der Schweiz (steht ebenfalls im Zusammenhang mit der Empfehlung Nr. 928, ohne direkt darauf Bezug zu nehmen). 81.489 Postulat Carobbio vom 30. September 1981 betreffend sprachliche Minderheiten in Europa; Initiative der Schweiz (verlangt, dass die Vertreter der Schweiz die Organe des Europarats auffordern, rasch eine Charta der Rechte der sprachlichen und kulturellen Minderheiten auszuarbeiten; steht auch im Zusammenhang mit dem von der Empfehlung Nr. 928 angesprochenen Problembereich). 81.592 Motion Christinat vom 16. Dezember 1981 betreffend das Verbot von Kriegsspielzeugen und gefährlichen Spielzeugen (im Zusammenhang mit einem von der Versammlung anlässlich der Minisession 1981 in Strassburg behandelten, aber noch nicht verabschiedeten Direktivenentwurf betreffend das Verbot oder die Beschränkung der Werbung, der Produktion und des Verkaufs von Kriegsspielzeugen). 81.679 Einfache Anfrage Jaggi vom 9. Juni 1981 betreffend missbräuchliche Vertragsklauseln (nimmt Bezug auf die Entschliessung 76/47 des Ministerkomitees des Europarates vom 16. November 1976 zu diesem Thema). 82.353 Interpellation Uchtenhagen vom

E. 15

März 1982 betreffend «Genbiologie» (steht im Zusammenhang mit der von der Parlamentarischen Versammlung am 26. Januar 1982 verabschiedeten Empfehlung betreffend Genmanipulation, nimmt aber nicht Bezug darauf). Anhang A. Die wichtigsten Beratungsgegenstände der Parlamentarischen Versammlung während der 33. ordentlichen Session Frühjahrssession 1981 - Bericht über die Bevölkerungsentwicklung und Rohstoffreserven (Dok. 4706); - Bericht über die Lage in der Türkei; - Bericht über Energie und Wirtschaft (Dok. 4703); - Bericht über die europäisch-amerikanischen Beziehungen (Dok. 4709); - Bericht über die Flüchtlinge aus El Salvador (Dok. 4698); - Bericht über den Schutz der Arbeitnehmer bei Zahlungsunfähigkeit der Arbeitgeber (Dok. 4699). Minisession 1981 - Bericht über Verbot, Beschränkung der Werbung, der Produktion und des Verkaufs von Kriegsspielzeugen (Dok. 4742); - Bericht über Metall-Detektoren und Archäologie (Dok. 4741); - Bericht über die Beziehungen der Parlamentarischen Versammlung mit den internationalen nichtgouvernementalen Organisationen (Dok. 4740). Herbstsession 1981 - Bericht über die afghanischen Flüchtlinge (Dok. 4762); - Bericht über die schlechte Behandlung von Pferden während internationalen Transporten (Dok. 4758); - Bericht über die Diskriminierung der Homosexuellen (Dok. 4755); - Bericht über die künstliche Befruchtung von Menschen (Dok. 4776); - Bericht über die rechtlichen Probleme im Zusammenhang mit Kabelfernsehen und Satellitenrundfunk (Dok. 4756); - Bericht über den Beitrag des Europarats zum internationalen Jahr der Behinderten (Dok. 4754); - Bericht über die Lage in der Türkei (Dok. 4784); - Bericht über die Beziehungen zwischen Europa, den Vereinigten Staaten von Nordamerika und Kanada (Dok. 4772); - Bericht über die Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zwischen den Ländern des Europarats und Nordamerika (Dok. 4767); - Bericht über die Tätigkeit der OECD im Jahr 1980 (Dok. 4738); - Bericht in Beantwortung der 20. und 21. Jahresberichte der Europäischen Freihandelsassoziation (Dok. 4766);

10. Juni 1982 685 Delegation beim Europarat. Bericht - Bericht über die erzieherischen und kulturellen Probleme im Zusammenhang mit Minderheitssprachen und Dialekten in Europa (Dok. 4745); - Bericht über die musikalische Erziehung (Dok. 4760). Wintersession 1982 - Bericht über Technologie und Demokratie (Dok. 4830); - Bericht über die wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen der fortgeschrittenen Technologie (Hearing von Den Haag, März 1981), (Dok. 4831); - Bericht über die Genmanipulation (Dok. 4833); - Bericht über die Lage in Polen (Dok. 4824); - Bericht über die Lage in der Türkei (Dok. 4841); - Bericht in Beantwortung der 26. und 27. Jahresberichte der Europäischen Transportministerkonferenz (CEMT) (Dok. 4838); - Bericht über den Ärmelkanaltunnel und seine Rolle für die grossen Verkehrsachsen Europas (Dok. 4829); - Bericht über die Verfolgung von Regimegegnern in Iran (Dok. 4835); - Bericht über die Wiederverwertung biologisch nicht abbaubarer Abfälle (Dok. 4821); - Bericht über die Rolle der Erziehung beim Umweltschutz (Dok. 4822). B. Wichtige Empfehlungen und Entschliessungen, die von der Parlamentarischen Versammlung während der 33. ordentlichen Session verabschiedet wurden Frühjahrssession 1981 - Empfehlung 916 betreffend die Konferenz über die Verteidigung der Demokratie in Europa gegen den Terrorismus in Europa (Strassburg, 12. bis 14. November 1980); - Empfehlung 917 betreffend die Bezeichnung des Jahres 1985 als Europäisches Jahr der Musik; - Empfehlung 919 betreffend den Schutz der Arbeitnehmer bei Zahlungsunfähigkeit der Arbeitgeber; - Entschliessung 747 betreffend die Bevölkerungsentwicklung und Rohstoffreserven; - Entschliessung 748 betreffend Energie und Wirtschaft; - Entschliessung 749 betreffend die Beziehungen zwischen Europa und den Vereinigten Staaten; - Entschliessung 750 betreffend die Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa; - Entschliessung 751 betreffend die Flüchtlinge aus El Salvador. Im Anschluss an die Frühjahrssession 1981 wählte die mit den Beziehungen zu den nationalen Parlamenten und der Öffentlichkeit betraute Kommission die Entschliessung 751 aus, als besonders angezeigt für die Einbringung in die nationalen Parlamente. Minisession 1981 - Empfehlung 921 betreffend Metalldetektoren und Archäologie; - Entschliessung 754 betreffend die Beziehungen der Parlamentarischen Versammlung mit den nichtgouvernementalen internationalen Organisationen. Herbstsession 1981 - Empfehlung 922 betreffend die Flüchtlinge aus Afghanistan; - Empfehlung 923 betreffend die schlechte Behandlung von Pferden während internationalen Transporten; - Empfehlung 924 betreffend die Diskriminierung der Homosexuellen; - Empfehlung 925 betreffend den Beitrag des Europarats zum internationalen Jahr der Behinderten; - Empfehlung 926 betreffend die rechtlichen Fragen im Zusammenhang mit Kabelfernsehen und Satellitenrundfunk; - Empfehlung 927 betreffend die Tätigkeit des Europäischen Wiedereingliederungsfonds; - Empfehlung 928 betreffend die erzieherischen und kulturellen Probleme im Zusammenhang mit Minderheitssprachen und Dialekten in Europa; - Empfehlung 929 betreffend musikalische Erziehung für alle; - Entschliessung 755 betreffend die Koordination der Europäischen Lufttransportpolitik auf der Nordatlantikroute; - Entschliessung 756 betreffend die Diskriminierung von Homosexuellen; - Entschliessung 757 betreffend die Lage in der Türkei; - Entschliessung 758 betreffend die Beziehungen zwischen Europa und den Vereinigten Staaten von Nordamerika und Kanada; - Entschliessung 759 betreffend die KSZE-Folgekonferenz in Madrid; - Entschliessung 760 betreffend die Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zwischen den Mitgliedstaaten des Europarats und Nordamerika (USA und Kanada); - Entschliessung 761 in Beantwortung des Tätigkeitsberichtes der OECD für das Jahr 1980; - Entschliessung 762 in Beantwortung der 20. und 21. Jahresberichte der Europäischen

Freihandelsassoziation (EFTA). Im Anschluss an die Herbstsession 1981 wählte die mit den Beziehungen zu den nationalen Parlamenten und der Öffentlichkeit betraute Kommission die Empfehlungen 922, 924, 926, 928 und die Entschliessung 758 aus, als besonders angezeigt für die Einbringung in die nationalen Parlamente. Wintersession 1982 - Empfehlung 932 betreffend die 5. Parlamentarische und Wissenschaftliche Konferenz zum Thema Technologie und Demokratie (Helsinki, Juni 1982); - Empfehlung 934 betreffend die Genmanipulation; - Empfehlung 936 betreffend die Lage in der Türkei; - Empfehlung 937 betreffend die Rolle der Erziehung beim Umweltschutz; - Entschliessung 763 betreffend die Lage in Polen; - Entschliessung 765 betreffend die Lage in der Türkei; - Entschliessung 766 in Beantwortung der 26. und 27. Jahresberichte der Europäischen Transportministerkonferenz; - Entschliessung 767 betreffend den Ärmelkanaltunnel; - Entschliessung 768 betreffend die Verfolgung von Regimegegnern in Iran. Im Anschluss an die Wintersession 1982 wählte die mit den Beziehungen zu den nationalen Parlamenten und der Öffentlichkeit betraute Kommission die Empfehlungen 932 und 934 und die Entschliessung 765 aus, als besonders angezeigt für die Einbringung in die nationalen Parlamente. Müller-Bern, Berichterstatter: Sie haben wiederum einen ausführlichen Bericht über die Tätigkeit der Parlamentarischen Versammlung des Europarates in der Zeit vom Mai 1981 bis Ende Januar 1982 erhalten. Ich will hier nicht auf die Unzahl der Geschäfte, die der Europarat in der Berichtsperiode aufgegriffen hat, im einzelnen eintreten, nicht auf das Problem der Sozialcharta - für die immer noch keine Botschaft des Bundesrates zur Ratifizierung vorliegt -, nicht auf die wichtige Frage der Genmanipulation, die in dieser Periode besprochen worden ist, oder auf das Nord-Süd-Problem auch in Europa usw. Ich empfehle Ihnen einfach die Lektüre des Berichtes und beschränke mich auf die wesentlichen Hauptstossrichtungen des Europarates, insbesondere der Parlamentarischen Versammlung, nämlich die Verteidigung der Grundsätze der Demokratie, der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit. Es gibt auf dieser Erde rund 31 bis 35 echte demokratische Staaten; 20 davon gehören dem Europarat an (den 21. lasse ich bewusst weg). Zur Stärkung des demokratischen Gedankens ist eine enge Zusammenarbeit auch mit den übrigen Demokratien in der Welt notwendig. In diesem Sinne ist allgemein die Initiative von Herrn Bundesrat Aubert begrüsst worden, die er während der Zeit, da er Präsident des Ministerkomitees war (zwischen Mai und November 1981), entwickelte, nämlich eine Öffnung des Europarates zu den übrigen demokratischen Staaten, mit dem Ziel, den Europarat in Strassburg zu einer Begegnungsstätte demokratischer Nationen zu gestalten. Der Europarat hat in der Vergangenheit einige Erfolge

Délégation auprès du Conseil de l'Europe. Rapport 686 N 10 juin 1982 erzielt in der Förderung des demokratischen Gedankens. Er hat mitgeholfen, in Spanien und Portugal die Demokratie einzuführen und die beiden Länder in den Europarat einzugliedern. Hier darf ohne falsche Bescheidenheit auch die aktive Mithilfe schweizerischer Parlamentarier bei diesen Bestrebungen anerkannt werden. Im Mai 1981 hat der Europarat in der Person von José Maria de Areilza einen neuen Präsidenten der Parlamentarischen Versammlung gewählt. Das war eine nicht unbedeutende Geste zur Stärkung der Demokratie in Spanien, die ja - wie die Ereignisse im Februar 1981 zeigten - nicht ganz ungefährdet ist. Mit Herrn de Areilza, den auch ich im Namen der schweizerischen Europarat-Delegation auf der Tribüne herzlich begrüsse, ist nicht nur ein ausserordentlich fähiger und kompetenter Mann gewählt worden; mit dieser Wahl hat die Versammlung auch ihr Vertrauen in die Demokratie in Spanien zum Ausdruck gebracht. In diesem Zusammenhang möchte ich auf ein Thema zu sprechen kommen, das den Rat während der ganzen Berichtsperiode intensiv

beschäftigt hat, nämlich die Lage in der Türkei. Seit dem Putsch vom 12. September 1980 erfüllt die Türkei rechtlich nicht mehr die Bedingungen der Zugehörigkeit zum Europarat. Das Parlament ist abgeschafft worden, der Ausnahmezustand wurde verhängt, die politischen Parteien sind verboten, Rede- und Pressefreiheit sind unterdrückt. Es existiert keine tatsächliche Gewerkschaftsfreiheit mehr; Zehntausende sind aus politischen Gründen verhaftet, weil sie - wohlgemerkt: vor dem Putsch - die normalen Rechte freier Gewerkschaften ausübten. Für mich aber etwas vom Schlimmsten ist die Tatsache, dass täglich in den Verliesen der Türkei Menschen psychisch und physisch gefoltert werden, in zahlreichen Fällen mit Todesfolge. Selbst von der Junta musste zugegeben werden, dass Folterungen zum Tode führten. Einige Folterknechte sind vor Gericht gestellt worden. Aber für mich gibt es nichts Schlimmeres, als wehrlose Gefangene zu quälen. Man wird einwenden, vor dem September 1980 sei die Türkei auch keine echte Demokratie gewesen. Damals war eines der wichtigsten Menschenrechte - das Recht auf Leben - nicht mehr gewährleistet. Aber ist das eine Entschuldigung für all das, was seither geschehen ist? Wenn wir zugeben wollten, dass Ruhe und Ordnung nur mit einer Militärdiktatur, mit unmenschlichen Methoden und der Aufhebung der elementarsten Menschenrechte wiederhergestellt werden können, dann könnten wir als Demokraten abdanken. Sie können dem Bericht entnehmen, dass die Parlamentarische Versammlung gegenüber der Türkei unendlich viel Geduld bewiesen hat, auch die schweizerische Europarat-Delegation. Man hat zwar im Mai 1981 nach längerer Debatte mit knappem Mehr die türkischen Parlamentarier aus der Versammlung ausgeschlossen. Ein nicht sehr glücklicher Entscheid nach meiner Meinung, der mit formellen Erwägungen begründet wurde; aber formell haben auch die Vertreter der Junta im Ministerrat eigentlich nichts zu suchen. Wenn die Versammlung bis jetzt keinen Schlussstrich unter die Zugehörigkeit der Türkei zum Europarat gezogen hat, so in der Hoffnung, Einfluss auf die allmähliche Wiederherstellung der Menschenrechte nehmen zu können. Man glaubte, mit einer abwartenden Haltung - auch ich habe das geglaubt - den Verfolgten und Bedrängten in der Türkei besser helfen zu können als mit einem brüskem Abbruch der Beziehungen. Man nahm mit einem gewissen Wohlwollen zur Kenntnis, dass die Wiederherstellung der Demokratie gemäss dem von General Evren bekanntgegebenen Kalender gute Fortschritte mache. Die Hoffnungen auf eine Besserung der Lage, namentlich aufgrund des letzten Beschlusses der Parlamentarischen Versammlung vom Januar 1982, hat sich als Illusion erwiesen. Die seitherigen Anordnungen der Junta, die Verhaftungen von Dutzenden von Professoren, Journalisten usw. zeigen, dass man auf den Europarat und besonders auf die Parlamentarische Versammlung pfeift. Statt Entgegenkommen mussten wir Ohrfeigen einstecken. Seither ist zum Beispiel der Präsident der Anwaltskammer von Istanbul, Herr Orhan Apaydin, der Hauptverteidiger der 52 Hauptangeklagten der Disk-Gewerkschaft, verhaftet worden und lebt - wie ich vernommen habe - unter sehr schlimmen Bedingungen im Gefängnis. Auch die Frau des ehemaligen Bürgermeisters von Istanbul, der seit September 1980 in Haft ist und der erst im April 1982 vor Gericht gestellt wurde, ist seither eingesperrt worden. Beide Persönlichkeiten haben sehr offen der Delegation des Europarates, die vom 7. bis 14. Januar dieses Jahres in der Türkei weilte, Aufschluss über die Verhältnisse gegeben. Der Prozess gegen die Disk-Gewerkschafter, für die bekanntlich der Staatsanwalt die Todesstrafe gefordert hat, obwohl ihnen keinerlei Terrorakte vorgeworfen werden konnten, geht weiter. Was die demokratische Verfassung anbelangt, über die noch in diesem Jahr abgestimmt werden soll, so dürfen auch hier einige Zweifel angebracht werden, ob das wirklich die Rückkehr zu einer Demokratie in unserem Sinne

bedeuten wird. Jede politische Meinungsäußerung, die dem Regime nicht passt, wird ja hart unterdrückt. Sehr wahrscheinlich kann kein Politiker, der den früheren Parteien angehörte, für das neue Parlament kandidieren. Man hat in der Politischen Kommission des Europarates mit Recht bemerkt, auch die Verfassung der UdSSR sehe auf dem Papier wundervoll aus, besonders hinsichtlich der Achtung der Menschenrechte. Es kommt eben nicht nur auf Worte an, sondern darauf, wie eine Verfassung in der Praxis angewendet wird. Das alles wirft die Frage auf, wie lange noch mit einem Ausschluss der Türkei zugewartet werden kann; ob wir mit unseiner Geduld und unserem Wohlwollen, wie man vor allem bei unseren Freunden auf der Iberischen Halbinsel befürchtet (in Spanien und in Portugal), nicht einen Freibrief für Generale und Obristen in anderen Staaten des Europarates geben. Könnten sie nicht auf den Gedanken kommen, man dürfe ruhig eine Diktatur errichten, Gewerkschafter und Politiker ausschalten, die Menschenrechte unterdrücken und trotzdem weiterhin im Europarat verbleiben? Mit welchem moralischen Recht können wir ein Regime wie das in Polen verurteilen, wenn wir gleichzeitig eine derartige Diktatur innerhalb des Europarates tolerieren? Gewiss, ich bin mir bewusst, es spielen hier auch strategische Erwägungen mit. Aber kann man für die Freiheit auf dieser Erde zusammen mit einem Regime kämpfen, das keine Freiheit kennt? Zum Schluss noch eine Bemerkung zuhanden des Departementes, nämlich die Frage der Titulierung der Versammlung des Europarates. Sie sehen, dieser Bericht ist mit «Parlamentarische Versammlung des Europarates» überschrieben. Der Bundesrat hält aber nach wie vor an der Bezeichnung «Beratende Versammlung» fest. Das führt dazu, dass in Antworten des Bundesrates zum Beispiel auf ein Postulat unseres Kollegen Carobbio vom 30. September 1981 auf der gleichen Seite einmal von der Parlamentarischen Versammlung und dann wieder von der Beratenden Versammlung gesprochen wird. Die Verwirrung herrscht also auch im Departement. Ich weiss, die Statuten sind nicht geändert worden. Aber es wäre eine begrüßenswerte Geste gegenüber den in Strassburg versammelten Parlamentariern, wenn das Departement und der Bundesrat endlich davon Kenntnis nehmen würden, dass bereits am 2./3. Juni 1974 die Bezeichnung «Beratende Versammlung» durch den Ausdruck «Parlamentarische Versammlung» ersetzt wurde. Dieser Titel steht auch in allen Dokumenten, die vom Europarat verschickt werden. Renschier: Vorerst möchte ich dem Präsidenten für den ausführlichen Bericht danken. Wenn Sie ihn gelesen haben, stellen Sie fest, dass sich wie ein blutroter Faden durch diesen Bericht die Erörterung der Lage in der Türkei zieht. In allen drei Sessionen der Parlamentarischen Versammlung, über die berichtet wird, stand dieses Thema zur Diskussion. Mir persönlich ist die abwartende, zurückhaltende Stellungnahme unserer Delegation in bezug auf die konkreten Schritte gegen die türkische Militärjunta schwer verständlich. Ich finde es unerträglich, dass der Europarat, zu des-

10. Juni 1982 687 Delegation beim Europarat. Bericht sen Hauptanliegen der Schutz und die Förderung der Menschenrechte zählt, einer Regierung, die tagtäglich die Menschenrechte verletzt oder verletzen lässt, die Mitgliedschaft nicht entzieht. Man muss sich das vergegenwärtigen. In der Türkei existiert das Recht auf Freiheit und Sicherheit nicht, auch nicht das Recht auf freie Meinungsäußerung, auf politische Betätigung und auf gewerkschaftlichen Zusammenschluss. Ebensowenig ist das Recht auf Ordnungsgemässe Gerichtsverfahren gewährleistet. Das sind alles Rechte, die in der Europäischen Menschenrechtskonvention, die der Europarat zu achten und zu schützen hat, verankert sind. Es ist völlig unverständlich, dass man einer Regierung, die derartige Missachtungen von Menschenrechten zulässt, die Mitgliedschaft im Europarat weiterhin gewährt.

Geradezu paradox finde ich - der Herr Präsident hat bereits darauf hingewiesen -, dass es im Europarat jetzt keine türkischen Parlamentarier mehr gibt, aber die schuldige Regierung ihre Vertretung weiterhin wahrnehmen darf. Absolut unverständlich ist für mich sodann die Bemerkung im schriftlichen Bericht, wonach schweizerischerseits gegen die Verurteilung der türkischen Regierung in einer Resolution opponiert wurde, und zwar mit dem Hinweis, man könne oder dürfe nicht in ein laufendes Verfahren eingreifen und eine Verurteilung aussprechen. Sie können das im Bericht nachlesen. Wenn eine Regierung diktatorisch regiert, wenn eine Regierung Folterungen bis zum Gefangenemord durch ihre Schergen und Handlanger des Regimes zulässt, dann muss sie öffentlich an den Pranger gestellt werden, dann ist keine Zeit mehr für Formalismus. Wenn dann Formalismus noch angewendet würde, wäre das nichts anderes als eine Alibiübung, mit der der Faschismus in einem solchen Land weiter anwachsen kann. Ich bin sehr froh über die doch recht deutlich abweichende Meinung des scheidenden Präsidenten der Delegation in bezug auf die inskünftige Haltung zur Türkeifrage. Ich persönlich hoffe, dass die ganze Delegation unseres Parlamentes in Strassburg, die ja in dieser Frage das Bestreben hat, geschlossen aufzutreten, ihre Haltung ändert und von nun an mithilft, dass die Türkei aus dem Europarat ausgeschlossen wird. Die Kommission für auswärtige Angelegenheiten hat sich an ihrer letzten Sitzung mit dem Europarat befasst. Sie liess sich dabei mündlich durch Bundesrat Aubert, durch Botschafter Wacker, der in Strassburg unser ständiger Vertreter ist, und durch Ratskollege Muheim orientieren. In der Diskussion hat sich gezeigt, dass doch etwas Zweifel herrschen, wieweit der Europarat überhaupt wahrgenommen wird. Man hat sich gefragt, weshalb er eine so schlechte Resonanz in der Öffentlichkeit, aber auch hier im Parlament findet. Dabei wurden drei Gründe erwähnt: einmal wurde festgehalten, dass der Europarat und insbesondere die parlamentarische Versammlung sich viel zu stark aufsplittert in den Sachbereichen, die sie behandelt, all zuviel an die Hand nimmt und dann wenig erledigt bzw. dass das Ministerkomitee geradezu überhäuft wird mit Resolutionen und Empfehlungen, wodurch eben Verzögerungen in der Verabschiedung solcher Papiere entstehen. Der zweite Grund war die schlechte Präsenz der Aussenminister an den Sitzungen des Ministerkomitees. Wenn die Aussenminister diese Sitzungen nicht ernst nehmen und nicht erscheinen, dann kann man den Journalisten nicht verargen, wenn sie solche Sitzungen auch nicht ernst nehmen und darüber wenig oder nichts berichten. Ein dritter Punkt, der genannt wurde: das etwas unbefriedigende Verhältnis zwischen parlamentarischer Versammlung des Europarates und Europäischem Parlament, das Konkurrenzdenken, das da besteht, und auch die Tatsache, dass das Europäische Parlament immer mehr versucht, Themen des Europarates zu übernehmen. Das waren drei Punkte, die genannt wurden und die das Image des Europarates schlecht bewerten lassen. Ich hoffe, dass unsere Delegation das zur Kenntnis nimmt und hilft, Änderungen anzubringen. Mme Girard: On se plaint très souvent, vous-mêmes et l'opinion publique également, du manque d'information sur les travaux du Conseil de l'Europe. Eh bien, nous pensons que le rapport annuel de votre délégation à ce Conseil est l'occasion rêvée d'examiner les problèmes traités à Strasbourg ainsi que de mieux saisir l'identité et les vocations respectives des deux institutions qui y siègent, soit le Conseil de l'Europe, qui est le véritable forum des 21 Etats membres, et le Parlement des Dix. A ce sujet, j'aimerais atténuer un peu - peut-être - les aspects négatifs du rapport sur ces deux organisations. J'insiste pour que nous les considérons comme complémentaires et non concurrentes. A cet égard, permettez-moi de citer le président de l'Assemblée parlementaire du Conseil de l'Europe, M. de Areilza, que je remercie d'être parmi nous: «La réalité communautaire des Dix ne saurait ni culpabiliser

ni paralyser le Conseil de l'Europe, bien au contraire; mais si les développements communautaires réjouissent tous les Européens, il ne faut pas oublier que le Conseil de l'Europe, par sa composition, par son statut, par son mandat et ses mécanismes, obéit à la fois à une logique institutionnelle et à une dynamique politique complémentaire nettement différentes.» Je voudrais, en complément du rapport, citer quelques exemples très récents d'une des facettes des activités du Conseil de l'Europe. Je veux parler des campagnes lancées de Strasbourg et destinées à sensibiliser l'opinion publique des 21 Etats sur certains problèmes, car bien des actions entreprises l'ont été à la suite de ces campagnes. Je n'en citerai que trois: la campagne pour la renaissance de la cité, qui a apporté une large information sur ce qui peut être fait pour améliorer la vie quotidienne de ceux qui vivent et travaillent dans nos villes; l'encouragement apporté à la mise en valeur des villes historiques, qui a vu récemment Strasbourg à l'honneur; enfin, l'appel lancé le 5 mai de cette année aux citoyens et citoyennes, appel qui souligne l'importance de la commune, cellule de base où s'apprend la démocratie. Enfin et pour conclure, je me permets d'insister sur notre responsabilité vis-à-vis de l'information sur ce qui se passe à Strasbourg. Pour que les textes adoptés dans cette institution ne restent pas que de belles déclarations, il faut que nous coopérons tous dans nos Parlements pour traduire dans la réalité ce qui a été conçu intellectuellement afin d'harmoniser la législation des Etats membres. Pour cela, je rappelle que les travaux du Conseil de l'Europe sont à la base de bien des réformes législatives réalisées ou déjà amorcées. Pour cela, utilisez plus largement les textes que nous sélectionnons pour vous et mettez vos collègues de la délégation davantage à contribution pour vous les procurer. Merci! M. Wilhelm: Le scrutin négatif de dimanche dernier sur la loi sur les étrangers a démontré de nouveau une détérioration de l'image de marque de la Suisse vis-à-vis du reste du monde. C'est navrant et c'est en plus fort dangereux pour un petit pays qui doit vivre d'exportation directe ou indirecte et ne peut finalement faire son bonheur tout seul. Notre pays, dimanche dernier, a pris effectivement un «coup de vieux», comme on dit, un coup de vieux qui est fait de conservatisme, d'égoïsme, de mentalité «hérisson»... Ici même, où siègent des élus de tous les cantons suisses, on constate que les problèmes intérieurs sont le souci premier des élus et que ce qui se passe dans les pays voisins et sur notre petit continent ou plus loin encore n'est en tout cas pas un sujet politiquement rentable ou suffisamment rentable, hormis lorsque le confort individuel est menacé par la crise du pétrole ou dans l'éventualité d'une guerre, classique ou nucléaire. Il serait intéressant à cet égard de savoir combien de nos collègues ici ont lu le rapport de notre délégation à l'Assemblée parlementaire de Strasbourg, qui est l'objet de notre discussion d'aujourd'hui. On peut gager - évidemment sans preuve - que la proportion en cause doit être faible et que cela ne s'explique pas seu-

Délégation auprès du Conseil de l'Europe. Rapport 688 N 10 juin 1982
lement par la masse des papiers que nous devons digérer régulièrement et quotidiennement. Or, à cet égard, il faut savoir, et l'opinion publique devrait le savoir, que la petite Suisse exerce une influence disproportionnée, une influence plus grande que sa taille, dans nombre d'organismes et d'organisations internationaux et en particulier à Strasbourg. Pour y avoir été personnellement pendant six ans - période trop courte, mais cela est une autre histoire - je puis témoigner de la valeur de l'efficacité suisse tant à l'échelon du Conseil des Ministres - et je voudrais rendre ici un hommage particulier à notre ministre des affaires étrangères, M. Pierre Aubert, et à ses collaborateurs - qu'à l'échelon de l'Assemblée parlementaire. Expérience faite, je constate que des parlementaires de milice tels que nous ont une conscience de leur devoir d'Etat beaucoup moins élastique et beaucoup plus scrupuleuse

que des parlementaires professionnels et le présent rapport n'est qu'un pâle reflet de cette chose. Même si la Suisse utilise au mieux de ses intérêts et de sa vocation propre les tribunes et les organisations internationales, trop peu nombreuses évidemment - pensons à l'ONU - il n'empêche que notre pays s'isole de plus en plus de la communauté des peuples, même des peuples voisins, et que beaucoup de choses se préparent, se décident en dehors de nos frontières et cela sans nous. Cette évolution est lente mais elle est constante; elle s'accroît même et si notre pays n'avait pas actuellement une puissance économique et financière beaucoup plus importante que sa population et son territoire, nous n'aurions souvent plus droit qu'aux miettes qui tombent de la table et nous n'aurions plus que les yeux pour pleurer! Je pense d'abord évidemment à cette CEE, à ce Marché commun, qui a de grands problèmes depuis vingt-cinq ans mais qui progresse sans nous et qui nous encercle géographiquement, ne l'oublions pas. Nous avons certes des liens étroits avec elle et il existe en tout cas plus d'une demi-douzaine de raisons qui empêchent logiquement la Suisse d'adhérer au Marché commun mais, à terme, notre position deviendra de plus en plus inconfortable et c'est pourquoi il faut que chacun de nous et, bien sûr, le Conseil fédéral également, revise constamment sa politique, son optique au gré de l'évolution d'alentour et cela dans le sens d'un renforcement de la volonté d'être ensemble tant en Europe que dans le monde. En conclusion, je crois pouvoir dire que le bilan de la Suisse, spécialement au Conseil de l'Europe, est éminemment positif, très positif, mais qu'il y a des inquiétudes pour l'avenir, pour le long terme et nous devons tout faire pour participer mieux, sincèrement, à l'édification d'un monde et d'une Europe meilleurs, plus justes, plus libres et plus heureux en définitive.

Herczog: Ich trete hier sicher niemandem zu nahe, wenn ich feststelle, dass dieser Bericht nicht zu den gewichtigen Geschäften unseres Rates gehört. Unsere PdA/PSA/POCH-Fraktion würde es aber trotzdem interessieren, ob die Tätigkeit im Europarat lediglich den zusätzlichen parlamentarischen Tatendrang einiger Kolleginnen und Kollegen befriedigen soll oder ob die beschlossenen Resolutionen und vertretenen politischen Positionen doch von etwelcher Bedeutung und von etwelcher Relevanz für uns hier in diesem Parlament oder generell für unser Land sind. Mit anderen Worten sind zwei Fragestellungen wichtig: Welche konkrete Konsequenz haben gefasste Beschlüsse für uns? Wie korrigiert man Positionen, die zwar durchaus legitime Positionen von einzelnen Vertretern unseres Landes sind, aber kaum als generelle Positionen unseres Landes zu bezeichnen sind? Hierzu einige Beispiele: 1. In der Frühjahrsession (siehe Bericht Seite 9/1981) wurde über die Probleme Energie und Wirtschaft debattiert. Man hat eine Resolution einstimmig verabschiedet, die zum Ziel hat, unter den Europäern folgende Dinge zu koordinieren: bessere Ausnützung existierender Energiequellen, vermehrte Anstrengungen zur Erschliessung neuer und erneuerbarer Energiequellen und Massnahmen im Bildungs- und Ausbildungsbereich mit dem Ziel, die Öffentlichkeit vermehrt für die Begrenzbarkeit der Energiequellen zu sensibilisieren. Nun, welche Konsequenz hat das hier in unserem Rat? Welche Konsequenz hat das auf die Energiepolitik? Hat es Vorstösse gegeben seitens unserer Vertreterinnen und Vertreter im Europarat, in diesem Parlament, oder hat man entsprechende Vorstösse im zuständigen Departement hier in Bern gemacht? 2. Ebenfalls in der Frühjahrsession 1981 (auch auf Seite 9 des Berichtes aufgeführt) wurde das Traktandum Bevölkerungsentwicklung und Rohstoffreserven behandelt. Hier wurde wieder einmal eine Resolution einstimmig verabschiedet, worin man aufruft, dass sich die Länder nachhaltig für die Einführung und für die Bemühungen um eine neue Weltwirtschaftsordnung einsetzen sollen. Ich möchte wissen, wie zum Beispiel Bundesrat Aubert und unsere Vertreterinnen und Vertreter im Europarat

hier im Parlament die aussenpolitische Linie unseres Landes in bezug auf diese wichtigen Bemühungen ein bisschen vorwärtsstossen. Oder der zweite Punkt, der hier aufgeführt wurde: die einstimmig angenommene Resolution, die den Appell enthält, dass Industrieländer ihre Entwicklungshilfaufwendungen auf 0,7 Prozent des Bruttosozialproduktes erhöhen sollen. Ich erinnere Sie daran, dass wir im Finanzplan dieser Legislaturperiode nicht einmal 0,3 Prozent des Bruttosozialproduktes vorgesehen haben, und jetzt wurde dieser Betrag noch weiter gekürzt. Können Sie mir sagen, wie unsere Vertreterinnen und Vertreter sich hier einsetzen, um die 0,7 Prozent des Bruttosozialproduktes für die Entwicklungshilfe effektiv durchzusetzen und das der Öffentlichkeit zu manifestieren? Oder sind diese Resolutionen Trockenübungen und nicht mehr als einfach das, was man nachher hier im Bericht bringen kann? 3. Seite 11: Die Beziehung zwischen Europa und Nordamerika ist ja offenbar auch ein ständiges Traktandum. Hier wurde selbstverständlich angesichts der heftigen Diskussion vor allem in der Bundesrepublik und den übrigen NATO-Staaten debattiert, wie weit jetzt der sogenannte NATO-Doppelbeschluss in der Beziehung zwischen den Vereinigten Staaten und Europa eine wichtige Rolle spielen. Hier wurde wiederum eine Resolution verabschiedet, die genau diesen Doppelbeschluss im Prinzip sanktioniert. Und hier folgt natürlich ein verständnisloses Kopfschütteln von unserer Seite, wie weit unser neutrales Land sich in dieser ganz eindeutig privilegierten Blockbeziehung engagieren und aussprechen kann. Ich komme zum Schluss. Zur Türkei sage ich nichts mehr, dazu hat Walter Renschler alles erklärt. Nur soviel: Es ist für mich unverständlich, dass man hier nicht von Anfang an vehement für den Ausschluss eingetreten ist. Die Rede von Bundesrat Aubert vor dem Europarat ist mir natürlich auch in die Nase gestochen. Es geht natürlich nicht an, dass man eine Blocklogik in der Doktrin von US-Präsident Reagan vertritt. Es passt einfach überhaupt nicht in unsere politische Landschaft der Universalität. Ich weiss jetzt nicht, wer auf diese Fragen und Bemerkungen antworten wird, die doch nicht derart unbedeutend sind, wenn man weiss, dass wir vor der Auseinandersetzung über den UNO-Beitritt stehen. Wenn man hier diese Dinge derart mit der lockeren Hand nimmt und quasi unsere Vertretung nicht viel mehr als eine Honoratiorenangelegenheit im Europarat wird, dann kann ich auf das positive Ergebnis für unseren UNO-Beitritt keine grossen Hoffnungen setzen. Müller-Aergau: Nach all diesen wichtigen Worten und Ausführungen meiner Vorredner habe ich jetzt mehr ein grundsätzliches Problem zu behandeln, eine mehr publizistische Frage zur Arbeit unserer Delegation im Europarat. Den Bericht haben wir zur Kenntnis genommen und ebenso die ergänzenden Bemerkungen des Präsidenten. Viele in diesem Rat, die Interesse haben für die Europapolitik, haben diese Tätigkeit während des Jahres laufend verfolgt, und der Bericht hat ihnen eigentlich nicht sehr viel Neues gebracht. Für andere aber, und ich würde sagen, für den

10. Juni 1982 689 Delegation beim Europarat. Bericht Grossteil unserer Bevölkerung, sind die Europapolitik und die Tätigkeit unserer Delegation im Europarat überhaupt ein Buch mit sieben Siegeln. Sie finden diese Nachrichten kaum in ihren täglich gelesenen Presseorganen. Als Verfechter einer eigenständigen Politik Nachkriegseuropas in der Welt bin ich froh, dass hier einmal das Verhältnis und die Zusammenarbeit Schweiz/Europa nicht einfach stillschweigend zur Kenntnis genommen worden ist - aus publizistischen Gründen: Die Mitgliedschaft der Schweiz im Europarat ist nämlich eine Debatte wert. Europapolitik müsste in unserer Aussenpolitik sogar die Priorität haben. Hier, in Europa, haben wir etwas zu sagen, hier hätten wir Gewicht. Schweizerische Weltpolitik bekommt auf dem Umweg über Europa auch im Weltganzen einen anderen Stellenwert. Ideelles ist

mehr gefragt als nur Finanzen; die Schweiz gilt mehr denn je nur als Wirtschaftsmacht. Hier können auch unsere Rechtspolitik und unsere Staatsinstitutionen als Möglichkeiten präsentiert und es kann etwas zum schöpferischen Dialog beigetragen werden. In diesem Gremium wirkt nicht jeder schweizerische Standpunkt als überheblich oder als geistig-kolonialistischer Exportartikel. Aber die Europapolitik ist bei uns wenig populär; daran wird auch die heutige Debatte nichts ändern. Die Medienschaffenden sind, entsprechend ihrem Auftrag, vor allem Verkäufer von saisonal bevorzugter Kost. Das ist kein Vorwurf, lediglich eine Feststellung. Aber der Teufelskreis beginnt schon dort, wo die Delegationen hier im Rat gewählt werden. Selbst politisch Versierte und Interessierte kennen diese Delegation nicht; man muss ihnen die Namen aufschreiben, denn diese sind unbekannt, vor allem nicht populär. Es ist unsinnig, zu glauben, Parlamentarier besäßen öffentliches Ansehen, wenn sie wie Kommissionsmitglieder durch die Büros der eidgenössischen Räte auf Vorschlag der Fraktionen bestimmt werden, praktisch unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Es ist uns bekannt, dass schon einmal eine Änderung des Wahlmodus zur Debatte stand, bei den Räten aber keine Gnade fand. Seit das Europaparlament aber durch Direktwahl bestimmt wird, hat sich die Situation grundlegend geändert. Das Ansehen des Europarates droht neben demjenigen des Europaparlamentes zu verblassen. Vor allem in der Schweiz haben wir dafür zu sorgen, dass jenes Gremium, in welchem sich ein Teil unserer offiziellen Aussenpolitik abspielt, im Inland durch Änderung des Wahlmodus aufgewertet wird. Aus diesem Grunde habe ich gestern ein Postulat eingereicht, es sei zu prüfen, ob die Delegation nicht durch die Vereinigte Bundesversammlung gewählt werden sollte.

M. Duboule: Bien que je n'aie pas l'honneur d'être délégué à Strasbourg, je voudrais tout de même apporter, ici, un témoignage totalement désintéressé sur le Conseil de l'Europe et surtout sur l'activité de nos délégués au sein de ce conseil. Je voudrais rendre hommage à leur activité, à tout ce qu'ils font à Strasbourg. Cela dit, comme il est de bon ton d'ironiser assez injustement sur l'activité de toutes les organisations internationales, je tiens tout de même à relever qu'en ce qui concerne le Conseil de l'Europe on peut dire que cette institution accomplit un travail, peut-être pas très spectaculaire, mais en tout cas utile et efficace. Si vous examinez la nature des décisions qui y sont prises, des résolutions qui y sont votées, vous constaterez qu'il y a beaucoup de mesure, qu'il y a une certaine conception commune de ces 21 Etats européens en ce qui concerne la structure de nos systèmes démocratiques, et qu'il y a aussi beaucoup de mesure et d'objectivité dans les constatations devant être faites au sujet de la marche du monde. Par conséquent, si j'établis une comparaison avec d'autres organisations internationales - je ne parlerai pas de l'ONU dont les difficultés sont bien connues - mais je pense aux organisations inter-américaines, interafricaines, à l'activité des pays membres de la Communauté qui n'arrivent jamais à se mettre d'accord sur les problèmes qui les concernent mais qui ne trouvent un accord que sur les sujets qui ne les concernent pas - je me dis que, après tout, le Conseil de l'Europe fait quelque chose d'utile; je tenais à le dire à cette tribune.

Frau Meier Josi: Trotz rund zwei Jahrzehnten Mitarbeit der Schweiz, trotz verschiedenen Debatten über Delegationsberichte und Konventionen wissen wir, dass heute noch manchem Ratsmitglied der Unterschied zwischen dem direkt gewählten Europaparlament der EG-Staaten und der Parlamentarischen Versammlung des Europarates (die aus Parlamentsdelegationen zusammengesetzt ist) nicht klar ist. Während unser Nationalheiliger Bruder Klaus sich noch zu FUSS aufmachte, um ins Elsass zu wandern, haben wir Schweizer im Zeitalter des Taktfahrplanes oft Mühe, auch nur über den Zaun zu blicken. Dazu lädt Sie der Bericht ein. Er betont für diesmal mit dem Hinweis auf grosse

politische Debatten, die Stichworte «Forum der Demokratien» und «Vertreter der Menschenrechte». Dass sich der Europarat und seine Parlamentarische Versammlung als Wegbereiter für die Wiederherstellung der pluralistischen demokratischen Verhältnisse in Spanien, Portugal und Griechenland bewährt hat, ist eben zu Recht betont worden. Zu bewähren hat sich diese Rolle noch im Fall der Türkei. Einig war sich die schweizerische Delegation stets darin, dass heute in der Türkei nicht von demokratischen Verhältnissen gesprochen werden kann, dass dort die Menschenrechte schwerstens verletzt werden. Schwieriger ist zu beurteilen, ob die Wiederherstellung demokratisch-freiheitlicher Verhältnisse mehr Chancen habe in einer als Mitglied hinausgeworfenen oder in einer mindestens noch teilweise angeschlossenen und damit auf die Meinung des Europarates angewiesenen Türkei. Bundesrat Aubert hat gestern bei der Beratung des Geschäftsberichtes an dieser Tribüne darauf hingewiesen, weshalb wir bisher der Auffassung zuneigten, eine noch nicht ausgeschlossene Türkei sei besser zu beeinflussen. Beizufügen ist vor allem, dass uns sämtliche schon ausgeschlossenen Parlamentarier aller Couleurs geradezu beschworen haben, die Nabelschnur nicht abzuschneiden. Das war auch der einzige Grund - Kollege Renschler -, weshalb ich mich persönlich im letzten Herbst gegen eine nachträglich nach Wipkinger Art formulierte Verschärfung eines von der Kommission vorher formulierten Resolutionsentwurfes wehrte. Ich halte es nach wie vor für falsch, eine Verfassung zu verdammen, bevor sie überhaupt besteht und die Praxis gezeigt hat, was sie taugt. Auf diese Bewährung in der Praxis hat Kollege Müller sehr zu Recht hingewiesen. Ich halte es nach wie vor auch für rechtlich verfehlt und statutenwidrig (was Kollege Aider in einem Antrag aufnahm), alle Staaten zu einer Staatenbeschwerde gegenüber der Türkei geradezu verpflichtet zu wollen. Sogar der sozialdemokratische Berichterstatter der Politischen Kommission hat sich von der Berichterstattung zurückgezogen und ebenfalls gegen diese Verschärfung votiert; ich befand mich also in bester Gesellschaft. Das ändert nichts daran, dass die ganze schweizerische Delegation scharf und einheitlich nach wie vor gegen jede Menschenrechtsverletzung in der Türkei wie auch in Polen oder anderswo in der Welt protestiert. Über diesem Aspekt sollten wir allerdings die für unser Land mindestens so wichtigen Aspekte der Rechtsharmonisierung nicht vernachlässigen. So wie es beim Beginn der binnenschweizerischen Bevölkerungsvermischung im ausgehenden 19. Jahrhundert nötig war, unsere kantonalen Rechte zu harmonisieren, ist es im Zeitalter der europäischen Wanderbewegung notwendig, die europäischen Rechtsordnungen dauernd anzugleichen. Unser Kindesrecht hat darauf Rücksicht genommen; unser Ehegesetz wird es ebenso tun müssen, um nur zwei Beispiele zu nennen. Wenn ein Schweizer in der Türkei heiratet (vielleicht eine Italienerin) und hier oder in einem Drittstaat später Wohnsitz nimmt, sollte mindestens das Güterrecht dieser Paare in allen Staaten einigermaßen abgestimmt sein, damit man es nicht jedes Mal mit anderen Wirkungen zu tun hat. Gleichermassen hoffe ich, dass wir aus diesem Harmonisie-

Délégation auprès Conseil de l'Europe. Rapport 690 N 10 juin 1982 rungsgeist heraus endlich auch den Mut aufbringen, neben der EMRK die Sozialcharta zu ratifizieren. Unsere Einrichtungen brauchen den internationalen Standard nicht zu fürchten. Lassen Sie mich unter dem Stichwort «Rechtsangleichung» die bedeutende Rolle hervorheben, die dem juristischen Koordinationsausschuss auf Regierungs- und Expertenebene zukommt, für den unser Justizdepartement Herrn Direktor Voyame seit längerer Zeit als Präsidenten zur Verfügung stellte. Damit komme ich zur Frage, die Kollege Herczog aufgegriffen hat, nämlich zur Rückkoppelung Strassburg-Schweiz. Es ist zu bestätigen, dass diese auf

Regierungsebene besser funktioniert als auf jener des Parlamentes, dies nicht zuletzt deshalb, weil wir uns jeweils davor fürchten, darauf hinzuweisen, dass etwas im Ausland erfunden worden ist und nicht hier. Sie kennen den negativen Effekt solcher Quellenangaben. Lassen Sie mich zum Schluss noch auf ein Wort von Ständerat Jauslin hinweisen, der nach seinem Ausscheiden noch einige Zeit aktiv im Rat in Strassburg mitarbeitete und sagte: «Im Europarat verfüge ich über ganz hervorragende Informationen und habe leider wenig Entscheidungsbefugnisse. Hier in der Schweiz entschied ich dauernd über sehr vieles, ohne die geringsten Unterlagen zu besitzen. Es wäre an der Zeit, wenn die Arbeiten und Informationen von Strassburg inskünftig für die Arbeiten in der Schweiz besser nutzbar gemacht würden.»

M. Aubert, conseiller fédéral: Au fond, ce ne serait pas à moi de répondre. Ce que vous avez étudié, est le rapport de la délégation parlementaire suisse au Conseil de l'Europe. Au Conseil fédéral, nous avons un respect extrême de la répartition des pouvoirs. Nous ne voulons pas nous immiscer dans les affaires des parlementaires. Il ne m'appartient pas de porter un jugement sur ce rapport. Je l'ai lu attentivement; je ne peux, comme lecteur, qu'en féliciter son ou ses auteurs. Ce rapport contient toute une série d'indications sur les prises de position du Conseil de l'Europe qui est une «assemblée parlementaire», je vous en donne acte Monsieur Müller, bien que dans le statut du Conseil de l'Europe, on parle d'«Assemblée consultative». Cette dernière est composée, vous le savez, de parlementaires de 21 pays démocratiques de l'Europe. Il ne m'appartient pas, comme membre du gouvernement, de juger de cette activité. Cependant, étant donné que le Comité des ministres réunit les ministres des affaires étrangères de ces mêmes 21 Etats et que ce Comité est habilité à juger des résultats des activités des parlementaires européens de ce Conseil, je tiens à dire merci tout simplement, à tous les parlementaires suisses qui font partie de la délégation de notre pays au Conseil de l'Europe. Je les remercie pour la qualité de leur travail; c'est, en effet, une des rares délégations dont on puisse dire que tous les membres ont étudié les dossiers de la première à la dernière page. Je les remercie aussi de leurs interventions parfaitement claires et nettes. En réponse à M. Herzog - qui paraît l'ignorer - je souligne que le parlementaire suisse qui s'exprime au Conseil de l'Europe ne le fait ni au nom de son pays - il ne le représente pas - ni au nom de son parti; il n'engage que lui-même, il s'engage à titre personnel. Notre délégation est composée de personnalités souvent fort différentes; je les remercie toutes, au même titre, pour l'engagement personnel et le courage dont elles ont fait preuve dans certaines de leurs interventions. Puisque le Comité des ministres a eu à s'occuper du problème de la Turquie - hier, j'ai répondu assez rapidement à M. Magnin qui nous a posé, dans le cadre de la gestion, une question qui n'avait rien à voir avec celle-ci et à laquelle nous répondrons de façon plus officielle lundi prochain pendant l'«Heure des questions» - je voudrais dire à M. Renschler combien le Conseil fédéral et moi-même partageons ses soucis quant aux violations des droits de l'homme. Ces violations sont extrêmement graves. Et vous avez raison, Monsieur Renschler, comme M. Müller l'a d'ailleurs déjà fait, de parler des tortures dans les prisons, des arrestations, des condamnations, de toutes ces violations manifestes des droits de l'homme. Vous avez raison de les dénoncer, et je puis vous affirmer qu'elles l'ont été, aussi bien dans l'assemblée parlementaire qu'au Comité des ministres, et cela très sévèrement. Ces violations ont été dénoncées si sévèrement même, Monsieur Renschler, que la délégation a été interdite de séjour en Turquie, au début du mois de décembre, et qu'elle a dû attendre le 7 janvier 1982 pour pouvoir s'y rendre avant la réunion de l'assemblée parlementaire du 25 janvier 1982. MM. Müller et Wilhelm, membres de ladite délégation, sont là pour l'attester. De plus, je me réfère à la page 6 du

rapport de nos parlementaires où vous pouvez lire, Monsieur Renschler, qu'à une majorité - faible je le veux bien -, de 51 voix contre 48, il a été convenu de ne plus admettre, jusqu'à nouvel ordre, la présence de députés turcs à Strasbourg. La Turquie - vous avez utilisé à ce propos le mot «paradoxal», je vous suis jusqu'à un certain point, je m'en expliquerai tout à l'heure - reste cependant membre du Conseil de l'Europe. Elle est également représentée au Comité des ministres. Le Conseil de l'Europe est une assemblée parlementaire. Or nous savons que la Turquie n'a plus de parlement, donc plus de parlementaires à déléguer à Strasbourg; elle n'est, par conséquent, plus représentée à l'assemblée parlementaire du Conseil de l'Europe. Au comité des ministres, nous avons pris une position similaire à celle exprimée dans ce rapport. Je ne me prononce pas sur les termes utilisés par la délégation parlementaire suisse. Ce que je peux vous dire c'est que le Conseil fédéral et le comité des ministres du Conseil de l'Europe ont exprimé les mêmes soucis que ceux repris à la page 6: «Etant donné qu'une exclusion ne servirait à personne, notamment pas aux détenus torturés en Turquie, le prestige et le poids moral de l'Assemblée parlementaire pourraient être employés plus efficacement si les rapports avec la Turquie n'étaient pas rompus.» A la page 16, où est citée la présence de nos deux parlementaires, MM. Müller et Wilhelm, dans cette délégation, on lit entre autres ceci: «Les membres de la commission sont retournés, revenant de Turquie, après avoir consulté des représentants de la constituante, des représentants des deux grands partis politiques, des membres de l'opposition, des syndicalistes, des avocats (dont certains ont été arrêtés, vous le savez) et des ambassadeurs de divers autres pays.» Après toutes ces consultations, nos parlementaires sont revenus persuadés que ce serait une erreur d'exclure la Turquie du Conseil de l'Europe. Ils ont été particulièrement frappés par les appels en ce sens lancés par les milieux de l'opposition, qui font remarquer qu'il ne serait plus possible d'apporter une aide efficace aux personnes persécutées si la Turquie était exclue. Eh bien, c'est là, monsieur Renschler, une triste réalité. Il est peut-être paradoxal que la Turquie fasse encore partie du Comité des ministres du Conseil de l'Europe mais, de cette manière, nous conservons un contact avec la Turquie, nous conservons une possibilité d'exercer une pression morale et de rappeler le respect des droits de l'homme; nous pouvons ainsi dénoncer plus efficacement les condamnations, les torture, que vous avez, à juste titre, dénoncées vous-même tout à l'heure à la tribune, ce dont je vous remercie. Mais j'aimerais aussi que vous sachiez que M. Turkmen, le ministre des affaires étrangères de Turquie, a pris, au nom de son gouvernement, un certain nombre d'engagements et en particulier celui de nous tenir régulièrement au courant de révolution de ce retour à la démocratie qu'espèrent la majorité du peuple turc et surtout ceux qui sont actuellement arrêtés arbitrairement dans les prisons et qui espèrent que nous ne les abandonnerons pas. M. Turkmen a tenu parole et vous avez ici comme témoin, à la tribune, à côté de M. le président de l'Assemblée parlementaire du Conseil de l'Europe, M. de Areilza, notre ambassadeur M. Wacker, représentant permanent de la

10. Juni 1982 691 Grundstückerwerb durch Ausländer Suisse auprès du Conseil de l'Europe à Strasbourg. M. Wacker et moi-même avons eu régulièrement des contacts avec le ministre des affaires étrangères de Turquie, qui, je le rappelle, était déjà diplomate à l'époque de l'ancien gouvernement. M. Turkmen est un démocrate qui souhaite lui-même ardemment le retour de son pays à la démocratie; il nous a tenus très régulièrement au courant de cette évolution, évolution qui, nous sommes obligés de l'admettre, existe. Vous avez entendu, hier soir et ce matin encore à la radio, que la votation populaire sur la nouvelle constitution turque aura lieu le 7 novembre 1982. Le 7 novembre prochain, le peuple turc sera appelé aux urnes pour se prononcer sur la nouvelle constitution, produit des travaux de cette

constituante désignée en octobre 1981, conformément au calendrier qui avait été fixé par les autorités turques. Nous attendons ces échéances, nous attendons de voir comment va se passer cette votation populaire. Tant et aussi longtemps que le processus de retour à la démocratie se poursuit selon ce qui nous a été annoncé, nous estimons ne pas pouvoir abandonner nos amis démocrates turcs qui, je le rappelle, l'ont demandé à ceux de nos parlementaires qui ont eu le privilège de s'entretenir avec eux en Turquie. Ma réponse à M. Herczog sera très brève. Le discours que j'ai prononcé le 2 octobre 1981 à Strasbourg l'a été en ma qualité de président du Comité des ministres. Vous vous étonnez de ce qu'un rapprochement ou que des contacts aient été établis entre le Conseil de l'Europe et les États-Unis d'Amérique, au risque de mettre en cause notre neutralité. C'est une idée que j'ai lancée, devant le Conseil de l'Europe, d'une ouverture de ce dernier vers les autres démocraties du monde. Il n'y a pas que les États-Unis d'Amérique; il y a le Canada, il y a le Japon, il y a d'autres pays encore, et nous avons maintenant des contacts avec les pays du Pacte andin et ceux de l'ASEAN, c'est-à-dire tout à la fois en Amérique du Sud d'Asie. Le Secrétaire général du Conseil de l'Europe, M. Karazek, vient de recevoir une invitation à se rendre au Sri Lanka. Cela signifie que des contacts sont en train de s'établir entre des membres d'une famille qui s'ignore, la famille des pays démocratiques. Je crois que cette politique d'ouverture de l'Europe vers les autres démocraties doit être approfondie soit pour créer des vocations démocratiques, soit pour rappeler au sein de cette famille des États démocratiques ceux qui seraient, je ne dirai pas des brebis égarées, mais des parents trop éloignés. M. Wilhelm a, avec raison, attiré l'attention sur le résultat de la votation fédérale du 6 juin dernier concernant la loi fédérale sur les étrangers. Simplement, sur le plan du Conseil de l'Europe, puisque nous y sommes, je puis d'ores et déjà vous dire qu'il est pratiquement exclu que la Suisse puisse maintenant accepter intégralement l'article 19 de la Charte sociale européenne, qui intéresse tant de parlementaires, article traitant du droit des travailleurs migrants et de leur famille à la protection et à l'assistance. Pour ce qui est du protocole n° 4 de la Convention européenne des droits de l'homme, je crois que sa ratification, dont nous avons parlé et que nous désirons, devient fort aléatoire. En effet, je rappelle que ce protocole garantit la liberté pour toute personne qui se trouve régulièrement sur le territoire d'un État d'y circuler librement, d'y choisir librement sa résidence (art. 2) et interdit les exclusions collectives d'étrangers (art. 4). Étant donné le résultat de la votation fédérale du 6 juin 1982, il sera bien difficile de ratifier un tel protocole, ce qui est hautement regrettable. Enfin, je remercie M. Müller-Argovie. Nous avons effectivement quelque chose à dire au Conseil de l'Europe. Il a dit qu'il avait quelque crainte que le Conseil de l'Europe ne soit dépassé par le Parlement européen du fait que ce dernier puise ses sources dans une élection directe par le peuple, contrairement au Conseil de l'Europe, assemblée parlementaire désignée par les partis et par les parlements. Je lui répondrai ceci: le Conseil de l'Europe est le seul forum politique qui puise ses forces vives directement dans les parlements nationaux. C'est un privilège que d'avoir des parlementaires qui, bien que parlementaires de milice, acceptent de s'imposer encore cette charge supplémentaire de siéger au Conseil de l'Europe. Ils émanent directement de notre parlement au même titre que les représentants des vingt autres pays membres du Conseil de l'Europe émanent directement de leurs parlements nationaux. C'est un avantage. Je crois que l'avenir donnera raison au Conseil de l'Europe. Je fonde, pour ma part, un grand espoir dans l'avenir du Conseil de l'Europe, ce forum politique qui me paraît indispensable pour la sauvegarde de nos démocraties. 'Präsidentin: Sie haben damit vom Bericht der Delegation beim Europarat Kenntnis genommen. #ST# 82.016 Grundstückerwerb durch Ausländer.

Verlängerung des Bundesbeschlusses Acquisition d'immeubles par des étrangers. Prorogation de l'arrêté fédéral Botschaft und Beschlussentwurf vom 15. März 1982 (BBI I, 1069)' Message et projet d'arrêté du 15 mars 1982 (FF I, 1069) Antrag der Kommission Eintreten Proposition de la commission Entrer en matière Rubi, Berichterstatter: In den fünfziger Jahren setzte der Grundstückerwerb durch Ausländer in beträchtlichem Umfang ein, vorerst in Form von Ferien- und Zweit-Wohn- häusern, zumal das Stockwerkeigentum zu diesem Zeit- punkt noch nicht gesetzlich verankert war. Nicht zuletzt auf- grund parlamentarischer Interventionen wurde dann der Grundstückerwerb durch Personen im Ausland mit Wirkung ab I.April 1961 durch einen Bundesbeschluss der Bewilligungspflicht unterstellt. In Rechtskraft steht bis am 31. Dezember 1982 der Bundesbeschluss vom 21. März 1973, der letztmals am 24. Juni 1977 um fünf Jahre verlängert wurde. Die geltende Ordnung ist geregelt im erwähnten Bundesbe- schluss, in der dazugehörigen Vollziehungsverordnung, in der Verordnung über den Erwerb von Grundstücken in der Nähe wichtiger militärischer Anlagen und schliesslich in der Sonderregelung für Fremdenverkehrsorte. Infolge zahlrei- cher Änderungen und Ergänzungen ist die ganze Materie unübersichtlich geworden, und man darf wohl sagen, dass sich auf diesem Gebiet nur noch ausgewiesene Spezialisten zurechtfinden. Ein neuer, besser überschaubarer Erlass drängt sich deshalb auf. Zudem werden wir konfrontiert mit der Volksinitiative gegen den Ausverkauf der Heimat, die ich gefühlsmässig nicht als chancenlos bezeichnen möchte. Ein neuer, verschärfter Erlass ist notwendig, wenn wir der Null-Lösung der Nationalen Aktion eine Alternative gegen- überstellen wollen. Die Abstimmungsergebnisse zur «Mit- enand»-Initiative und zum Ausländergesetz sind ein deutli- cher Hinweis dafür, dass weite Kreise unserer Bevölkerung heute empfindlich reagieren, wenn Ausländerprobleme im Räume stehen. Anlässlich der Beratungen der letzten Verlängerung des geltenden Bundesbeschlusses stellte der Bundesrat die Ordnung der ganzen Materie in einem Gesetzentwurf in Aussicht, der am 16. September 1981 mit Botschaft vorge- legt wurde. Mit 25 zu 0 Stimmen, bei einer Enthaltung,

Schweizerisches Bundesarchiv, Digitale Amtsdrukschriften Archives fédérales suisses, Publications officielles numérisées Archivio federale svizzero, Pubblicazioni ufficiali digitali Delegation beim Europarat. Bericht Délégation auprès du Conseil de l'Europe. Rapport In Amtliches Bulletin der Bundesversammlung Dans Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale In Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale Jahr 1982 Année Anno Band III Volume Volume Session Sommersession Session Session d'été Sessione Sessione estiva Rat Nationalrat Conseil Conseil national Consiglio Consiglio nazionale Sitzung 04 Séance Seduta Geschäftsnummer 82.028 Numéro d'objet Numero dell'oggetto Datum 10.06.1982 - 08:00 Date Data Seite 678-691 Page Pagina Ref. No

E. 20

010 492 Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung. Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale. Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

Export aus OpenCaseLaw (CC0). Verbindlich ist allein der vom erlassenden Gericht veröffentlichte Originaltext. Quellen-URL siehe oben.